



Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Kleinspaltige Seite 60 Pfg. ...

Montag, den 11. Oktober 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis ...

Das Reichskabinett, die deutsche Volkspartei und die Sozialisierungsfrage.

(W.B.) Berlin, 10. Okt. In der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats am Freitag ...

Die Frage ist wohl verurteilt durch die Diskussion, die sich in den letzten Tagen in der Presse über die Stellung einzelner Regierungsmitglieder zur Sozialisierungsfrage entsponnen hat. Ich benutze die Gelegenheit, um hier die Stellung der Regierung und der betreffenden Kabinettsmitglieder einwandfrei klarzustellen. Das Kabinett hat seine Stellung gegenüber dem Sozialisierungsproblem festgelegt in der vorher genau vorbereiteten Erklärung, die der Reichsarbeitsminister in der Reichstagsitzung vom 5. August abgegeben hat. In dieser Erklärung ist gesagt: „Der Herr Redner der unabhängigen Sozialdemokratie und seine Fraktionsgenossen mögen nur ja nicht glauben, daß die Regierung von heute der Frage der Sozialisierung aus dem Wege geht.“ Der Reichswirtschaftsrat hat bereits in seiner Sitzung vom 24. Juli fast einstimmig sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist unter gleichzeitiger Heranziehung der Bergarbeiter und Angestellten zu mitverantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Ich bin nun ermächtigt, zu erklären, daß die Reichsregierung ebenfalls auf dem Boden dieses Beschlusses steht. Sie hat den Herrn Reichswirtschaftsminister beauftragt, unverzüglich die Weiterverfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der im Laufe dieses Monats zu erwartende Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Art und Form der Sozialisierung werden sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung größter Produktionssteigerung und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Mit der Hervorhebung dieses Gesichtspunktes befindet sich die Reichsregierung ebenfalls in völliger Übereinstimmung mit dem Beschluß des Reichswirtschaftsrats vom 24. Juli. — Das Kabinett hat dann den Beschluß vom 22. September gefaßt, dessen Wortlaut amtlich wie folgt mitgeteilt wird: „Schließlich trat das Kabinett in eine Erörterung der Sozialisierungsfrage ein und beschloß einstimmig, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichts der Sozialisierungskommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaus vorzulegen.“

Die Klarheit und Einseitigkeit der Stellung des Kabinetts ist dann im Anschlusse an die Weimarer Tagung der Fraktion der Deutschen Volkspartei in Zweifel gezogen worden. Hier will ich vorher bemerken: Die Auslegung, die die „Tägl. Absh.“ in ihrem Morgenblatt vom 6. Oktober dem Kabinettsbeschlusse vom 22. September gegeben und die Kritik, die sie an der Berichterstattung über die Kabinettsitzung angelegt hat, lehne ich in Übereinstimmung mit dem Gesamtkabinettsbeschlusse ab. Ebenso lehne ich die Auslegung ab, die die „Tägl. Absh.“ den Leitsätzen der Fraktion der Deutschen Volkspartei gegeben hat. Der Kabinettsbeschlusse ist vollkommen klar. Er beauftragte, nachdem nunmehr der Bericht der Sozialisierungskommission vorlag, im Einklang mit der Erklärung vom 5. August den Reichswirtschaftsminister, einen Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Bergbaus vorzulegen. Die Worte „auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichts der Sozialisierungskommission“ bedeuten selbstverständlich nicht eine Identifizierung mit den Beschlüssen dieser Kommission. Das wäre auch logisch ausgeschlossen, weil hier zwei dissentierende Vorschläge und vier Sondervoten vorliegen. Was die Regierung bringen wird, wird eine durchaus selbständige Vorlage sein. Es ist nun versucht worden, auf Grund der Weimarer Leitsätze der Deutschen Volkspartei einen Gegenatz zwischen den aus dieser Partei hervorgegangenen Ministern und dem Gesamtkabinettsbeschlusse zu konstruieren. Auch das ist verfehlt. Die Leitsätze besagen im wesentlichen lediglich folgendes: 1. Die Fraktion steht auf dem Boden der Regierungserklärung vom 5. August. 2. Es darf nur sozialisiert werden, wenn die Sozialisierung wirtschaftsfördernd wirkt. 3. Die Fraktion ist bereit, jede produktionsfördernde Maßnahme zu unterstützen. Sie wird mit positiven Vorschlägen hervortreten, sobald die Vorlage der Regierung vorliegt. Diese Leitsätze bringen die aus meiner Partei hervorgegangenen Minister nach unserer Überzeugung in keinerlei Gegensatz zu dem Kabinettsbeschlusse. Das Kabinett steht auch heute nach wie vor geschlossen auf dem Boden der Erklärung vom 5. August und seines Beschlusses vom 22. September.

Um Genf.

Frankreichs Stellungnahme gegen Genf.

Paris, 9. Okt. Laut „Petit Parisien“ hat die französische Regierung auf die englische Note, in der Frankreich aufgefordert wird, zur Regelung der Wiedergutmachungsfrage baldigst eine Finanzkonferenz nach Genf zusammenzubereiten, geantwortet, niemand habe in Spa eine internationale Konferenz vorgesehen. Es sollte lediglich eine Sachverständigenkonferenz stattfinden, der, wenn möglich, eine besondere französische Kommission angehören soll. Vorher sollten sich die technischen Berater zusammenfinden, um alle technischen Fragen zu klären, ehe sich die Finanzmänner besprechen. In diesem Sinne würden in nächster Zukunft, wie das Blatt aus sicherer Quelle erfährt, Besprechungen zwischen Frankreich und England stattfinden. — Die Franzosen wollen einfach keine Völkerverbundskonferenz bezüglich der „Wiedergutmachung“ zulassen, um ihre undurchführbaren Forderungen erzwingen zu können.

Die englische Auffassung über Genf.

(W.B.) Paris, 10. Okt. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ berichtet, daß „Daily Chronicle“ aus offenbar offizieller Quelle Aufklärungen über die Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung veröffentlicht. Am letzten Tage der Konferenz von Spa sei unter dem Einfluß von Lloyd George ein Abkommen über die deutschen Kohlenlieferungen nicht ohne Schwierigkeiten erzielt worden. Andererseits habe man beschlossen, anfangs August in Genf eine gemischte Kommission, in der auch Deutschland und die andern Mächte durch zwei Delegierte vertreten sein sollten, zusammenzubereiten. Diese Kommission habe die Frage studieren und einen Bericht erstatten sollen. Sie habe aber keine Entscheidung treffen sollen über die Frage der Gesamtsumme und die Flüssigmachung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung. Ministerpräsident Millerand habe dieses Abkommen angenommen. Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Simons hätten in Berlin erklärt, wenn auch die Bedingungen über die Kohlenlieferungen hart seien, so habe man wenigstens als Konzession eine kontraktliche Konferenz in Genf erzielt. Die britische Regierung sei der Ansicht, daß die Alliierten sich öffentlich verpflichtet haben. Man habe deshalb die Überraschung festgestellt, daß Herr Millerand seine Ansicht geändert habe und an Stelle einer gemischten Kommission, die in einem neutralen Lande zusammenzutreten soll, eine Konferenz der Wiedergutmachungskommission in Paris, der auch die deutschen Vertreter beizuhören würden, sehen wolle. Lord Curzon habe in seiner Note vom 6. Oktober in freundschaftlicher Offenheit sein Erstaunen ausgedrückt. Der französische Standpunkt werde von Belgien geteilt, aber es sei unrichtig zu sagen, die amerikanische Regierung teile diese Ansicht. Sie stehe im Gegenteil auf dem englischen Standpunkt. Nach dem „Daily Chronicle“ wäre es möglich, daß die Wiedergutmachungskommission sich in KDiN statt in Paris zusammenfinde. Diesen Verhandlungen könne eine allgemeine Konferenz vorangehen. Gegen eine derartige Lösung werde die englische Regierung keinen Widerspruch erheben. Das Blatt ist der Ansicht, daß Frankreich und England sich auf diesen Standpunkt einigen könnten.

Deutschland und die Beschlüsse der Finanzkonferenz.

Brüssel, 9. Okt. Der Vizepräsident der Reichsbank, v. Glasenapp, einer der Delegierten zur Finanzkonferenz, erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Etoile Belge“, die von der Konferenz angenommenen Entschlüsse könnten als Grundlagen für die finanzielle und wirtschaftliche Politik der Regierung dienen.

Auf die Frage, ob Deutschland in der Lage sei, den von der Konferenz gutgeheißenen Grundfähen Rechnung zu tragen, erklärte v. Glasenapp, Deutschland müsse, wie andere Länder, Sparmaßregeln üben und arbeiten. Aber, so fuhr er fort, wir sind in einer mißlichen Lage, denn das große Geld und der Hunger sind oft schlechte Berater. Die Lage besserte sich etwas. Die durch den drohenden Einmarsch in das Ruhrgebiet und die Lage in Oberschlesien hervorgerufene Beunruhigung ist dazu angetan, unseren guten Willen Fesseln anzulegen. Die finanzielle Lage Deutschlands ist sehr schlecht. Das Reich hat große Ausgaben zu machen. Es gelingt ihm nicht, sie durch Einnahmen zu decken. Die Steuern sind noch nicht vollständig erhoben worden, aber die Regierung beabsichtigt, sie im nächsten Jahre noch zu erheben. Ich werde in dem Hause, dem ich angehöre, auf die Tatsache hinweisen, daß die deutsche

Regierung keineswegs beabsichtigt, sich den vom Friedensvertrag dem Lande auferlegten finanziellen Verpflichtungen zu entziehen. Die deutschen Sachverständigen sind sehr pessimistisch. Die Banken haben wohl große Gelddepots, die in Wirklichkeit aber nur ein Kapital in Papiermarkt darstellen. Zum Schluß betonte Herr v. Glasenapp, die deutsche Finanzwelt sei der Ansicht, daß man den Versailles Vertrag nach Möglichkeit durchführen müsse. Sie sei aber überzeugt, daß es unmöglich sei, ihn ganz zu erfüllen.

Zinsförlieh der Wiedergutmachungsfrage ist Herr v. Glasenapp der Ansicht, es wäre nützlich, den Gesamtbetrag der Entschädigung festzustellen zu sehen, denn das Volk und die Regierung würden dann die Bilanz herstellen können.

Der Krieg im Osten.

Der polnische Bericht.

(W.B.) Warschau, 9. Okt. Generalstabsbericht der polnischen Armee vom 8. Oktober: Abteilungen unserer Nordtruppen besetzten Dschimjany und Solz. Sie schnitten auf diese Weise die Eisenbahnverbindung Molodyszno—Wilna ab. Im litauischen Grenzgebiet griffen die Litauer trotz Waffenstillstands unsere Stellungen beim Dorfe Rajuki an. Litauische Vorposten überschritten den Fluß Merezkonta.

Polnisch-litauische Kämpfe.

Kowno, 10. Okt. (Lit. Tel.-Ag.) Die letzten Ministerien haben die Hauptstadt Wilna nach ordnungsmäßiger Räumung am 9. Oktober verlassen. Es waren am 9. Oktober erbitterte Kämpfe an der Front bei Wilna hörbar. Die Bevölkerung ist erregt. Die Juden flohen aus Angst vor Pogromen. Die Miliz und die Garnison halten die Ordnung aufrecht. Die Kontrollkommission des Völkerverbundes ist aus Suwalki nach Wilna gereist, um mit den litauischen Regierungsvertretern den Sachverhalt zu untersuchen.

Kowno, 10. Okt. (Lit. Tel.-Ag.) Nach hartem Kampf haben die Polen Wilna am 9. Oktober genommen. Die Litauer halten die Linie Dlamili—Mittrofi—Batakovienska—Raschazy. Die angreifenden Truppen sind zusammengefaßt aus verpölkten Bewohnern Ostlitauens, die von General Seligowski geführt werden. Seligowski hat in Wilna eine Regierung ausgerufen, deren Oberhaupt er selbst ist und an der Gutsbesitzer teilnehmen. Sie verlangt, daß die Litauer das ganze früher von Polen besetzte Gebiet verlassen und daß eine Volksabstimmung stattfindet.

Die Zustände in Südrußland.

Konstantinopel, 9. Okt. Der Heeresbericht des Generals Wrangel vom 5. Oktober besagt: „Die bolschewistische Offensive gegen Sinolnitows wurde abgeschlagen. Im Gegenangriff machte die Armee Wrangel 700 Gefangene und erbeutete 5 Züge mit 2 Geschützen. Zwei frisch eingesezte Infanteriebataillionen und eine Kavalleriebataillon wurden in die Flucht geschlagen. Nördlich von Wolnowachs wurden bereits 1000 Gefangene gemacht. An der Küste des Asowschen Meeres und im Donez-Gebiet rückte die Armee Wrangel vor.“

Basel, 9. Okt. „Havas“ berichtet aus Warschau: Die Armee Wrangel hat das gesamte Donezlohlengebiet besetzt. Die Bolschewisten haben auf ihrem Rückzug aus dem Grubenboden gewaltig alle Zugänge versperrt und an den Minen bedeutende Verwüstungen angerichtet.

Kopenhagen, 9. Okt. Nach einem Telegramm aus Sewastopol ist zwischen General Wrangel und den Führern der Don-, Kuban-, Terek- und Astrachankosaken ein Bündnis abgeschlossen worden.

Paris, 9. Okt. Wie die Ag. Radio aus Warschau meldet, soll Nikolai Nikolajewitsch zum Stabe des Generals Wrangel gehören.

Aufstände gegen das Sowjetregiment.

London, 9. Okt. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Kopenhagen übermittelt eine Nachricht aus Riga, wonach sich mit Hartnäckigkeit das Gerücht erhält, daß in Moskau ein großer Aufstand begonnen habe.

Basel, 9. Okt. Die „Times“ melden aus Helsingfors: Die Nachrichten mehrten sich, daß die Bauern den gewaltsamen Requisitionen der Sowjetdetachements bewaffneten Widerstand entgegensetzten. In den Gouvernements Petersburg, Nowgorod und Smolensk sind Bauernrevolten ausgebrochen. Von Moskau aus gehen täglich mit Artillerie, Maschinengewehren und Handgranaten bewaffnete Requirierungskolonnen nach der Provinz, wo sich vielerorts blutige Zusammenstöße abspielen.

Die Zustände in Sowjetrußland.

* Wohin der Bolschewismus Rußland gebracht hat, das geht aus einem Aufruf Lenins hervor, in dem er die Notwendigkeit der Einführung des Arbeitszwangs folgendermaßen begründet: „An alle Arbeiter, an alle Schaf-

Vertical text on the left margin containing various notices and advertisements.

fenden, an alle ehrlichen Bürger! Die arbeitenden Städte und Teile des Landes ersticken unter dem Druck des Hungers. Die Eisenbahnen kriechen kaum, Häuser sind zerstört, die Städte ersticken im Schmutz, Epidemien grassieren, und der Tod mäht rechts und links. Die Industrie ist zerstört. Der Krieg, die Blockade, der Ansturm der Gegenrevolution der ganzen Welt, beständige innere Verschwörungen der Reichen haben das ihre getan. Der freie Handel bietet keinen Ausweg. Das wäre ein Ausweg für die Besitzler, die Räuber am Volke; ein Ausweg für die Reichen. Eine Schlinge wäre es für die Armen. Auch auf die alten Vorräte zurückzugreifen, ist kein Ausweg. Man kann sie nicht erfassen, sie sind vernichtet, sie sind nicht mehr. Jetzt gibt es nur einen Ausweg — die Arbeit. Die Lokomotiven reparieren, die Häuser säubern, den Urat hinaus schaffen, Maschinen bauen, Holz sägen, Getreide in die Städte führen, Waggonen bauen — mit einem Wort: nützliche Arbeit leisten, neue Werte schaffen, bei dieser Arbeit helfen — darin nur liegt die Rettung. Ohne dies — Tod, Hunger und Pest, Untergang der Arbeiter, Untergang der betriebenen Städte, Untergang der Intelligenz, Untergang vieler Bauern. Um der Industrie zu helfen und die Frierenden zu wärmen, um der vollen Zerstörung der Häuser zur Brennholzgewinnung Einhalt zu tun, muß Brennmaterial gewonnen und herangeführt werden. Jede reparierte Lokomotive bedeutet Hunderte vom Verhungern geretteter Kinder, jede hinausgeschaffte Tonne Urat bedeutet die Rettung vieler Bürger, die durch Ansteckung zugrunde gegangen wären. Jede aufgeräumte Bahn Eisenbahnstrecke bedeutet Brot für die Hungernden. Vor der Republik der Arbeit steht eine hohe Aufgabe: aus Niedrigkeit, Schmutz, Gestank und Krankheit sich erheben, hinaufsteigen, mit eigenen Händen die Bedingungen für ein menschenwürdiges Dasein schaffen. Das arbeitende Volk wird es machen. Die allgemeine Arbeitspflicht — das ist unser Schlüssel.“

Lloyd George über die Bergarbeiter- und die russische Frage.

Amsterdam, 9. Okt. Wie „Telegraaf“ aus London meldet, hielt Lloyd George auf der Jahresversammlung des National-Rates der liberalen Partei von Wales in Llandudno eine Rede, in der er den Gedanken der Koalitionsregierung verteidigte und darauf hinwies, daß Asquith selber im Jahre 1915 die erste Koalitionsregierung gebildet habe. Lloyd George betonte, daß alle Kriegsländer während des Krieges und nach dem Kriege Koalitionsregierungen gebildet hätten. Amerika sei eine Ausnahme, aber Amerika sei erst spät in den Krieg getreten. Zu der Bergarbeiterfrage erklärte Lloyd George, es werde lediglich von den Bergleuten verlangt, daß die Steinkohlförderung so werde, wie sie im ersten Quartal dieses Jahres war. Dann könnten sie zweifellos Lohnserhöhungen erhalten. Zur russischen Frage führte Lloyd George aus, es habe keinen Zweck, Frieden mit der Sowjetregierung zuzuschließen, die kein Vertrauen zu erwecken wisse, ihr Wort nicht halte und unter der Maske des Friedensfreundes in England die politische Atmosphäre zu vergiften trachte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Vertrauensresolution für Lloyd George an.

Zur äußeren Lage.

Die französische „Neutralität“ in Oberschlesien.

Paris, 10. Okt. „Petit Parisien“ meldet: Bezüglich der Tätigkeit der interalliierten Verwaltungskommission in Oberschlesien hatten sich Schwierigkeiten ergeben. Man hatte dem General Lerond u. a. vorgeworfen, daß er das polnische Element zu sehr begünstige. Von dem in Oberschlesien beschäftigten britischen Personal ließ nur eine geringe Minderheit diese Kritik laut werden. Von 60 dort beschäftigten britischen Beamten haben drei subalterne Kontrollbeamte ihren Rücktritt eingereicht. Der offizielle Vertreter Englands ist auf seinem Posten geblieben. Die Vorkonferenz hat sich mit der Frage beschäftigt. Die interalliierte Kontrollkommission wird nunmehr wieder wie ehemals ihres Amtes walten. — Es genügt, wenn auch „nur“ 3 englische Beamte das Verhalten der Franzosen mißbilligen.

Deutschentum der Tiroler.

(W.B.) Innsbruck, 10. Okt. Bei der aus Anlaß der vollzogenen Annexion ganz Südtirols durch Italien abgehaltenen offiziellen Trauerfeier des Landes Tirol wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der auf die Losreißung von Landesteilen mit deutscher Bevölkerung hingewiesen wird, die in ungewisser Weise ihren Willen bekundet hatte, mit den übrigen Deutschen Südtirols verbunden zu bleiben. In der unbeirrten Zuversicht auf eine kommende Wiedererrettung bleibt Tirol trotz der Gewalt ganz eins und ungeteilt. — Die Zeitungen sind gestern mit Trauerand erschienen, die Schulen geschlossen geblieben.

Deutscher Zusammenschluß gegen die tschechischen Unterdrückungsversuche.

(W.B.) Prag, 10. Okt. Die deutschen Blätter melden aus Brünn, daß eine dort abgehaltene Versammlung der deutschen Parlamentarier und Vertrauensmänner aller bürgerlichen Parteien aus Mähren und Schlesien beschlossen habe, einen deutschen Volksrat als Zentralstelle für alle nationalen Angelegenheiten der Deutschen beider Länder zu begründen.

Abstimmung in Kärnten.

Wagenfurt, 10. Okt. Heute fand in der Zone A des Abstimmungsgebietes Kärnten die Volksabstimmung statt. Die interalliierten Vertreter der Plebiszitkommission befinden sich seit heute Morgen 6 Uhr in der Zone A. Die Zahl der Abstimmungsberechtigten beträgt etwa 40 000. Nach bisher eingelaufenen Nachrichten ist es nirgends zu ernsthaften Zwischenfällen gekommen. Die Wahlbeteiligung ist sehr rege. Die Abstimmung der deutsch-kärntnerischen Bevölkerung ist zuversichtlich. Das Abstimmungsergebnis wird nicht vor Dienstag Nachmittag bekanntgegeben werden.

Von der Ententebotschafterkonferenz.

(W.B.) Paris, 9. Okt. Havas meldet: Die Vorkonferenz beschloß in einer Sitzung am Freitag morgen, dem

Antifische Bekannthuungen.

Bekannthuung betr. Waffenablieferung.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die volle Prämie nur noch bei Ablieferung bis spätestens 10. Oktober zur Auszahlung gelangt. Vom 11. ab wird die Prämie auf die Hälfte herabgesetzt. Es ist deshalb zweckmäßig, die Waffenablieferung bis zum 10. Oktober einschließlich zu beendigen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, wird noch auf folgendes hingewiesen: Nicht abzuliefern sind Gew. und Karab. 71 und 71/84, ferner der kurze Mauserjagdsarab. 7 mm; dagegen sind abzuliefern: Armeepistolen und Armeerevolver, auch wenn sie keinerlei Zeichen oder Abnahmestempel tragen. Nichtvorrichtungen sind nur abzuliefern, wenn sie vollständig sind; Rundblüchsenrohre allein kommen deshalb nicht in Frage.

Ablieferungspflichtig sind nicht nur Inländer, sondern auch Angehörige außerdeutscher Staaten, die sich im Deutschen Reich aufhalten, mit Ausnahme der Mitglieder auswärtiger Missionen und Entente-Kommissionen. Es ist weiterhin Veranlassung vorhanden, der irrigen Auffassung entgegenzutreten, als ob Personen, die für die noch in ihrem Besitz befindlichen Schusswaffen einen Waffenschein nicht besitzen, Straffreiheit im Sinne von § 4 des Entwaffnungsgesetzes nicht genießen. Oberamt: Calw, den 8. Oktober 1920. Bögel, Amtmann.

deutschen Ansuchen zur Verlängerung der am 10. Oktober ablaufenden Frist für die Entlassung der Miliz in Ostpreußen nicht stattzugeben. Die Konferenz beschloß ferner, daß das von Oesterreich zurückgehaltene Kriegsmaterial zerstört werden muß. Das finanzielle Ergebnis aus dieser Zerstörung soll vorderhand auf ein besonderes Konto gebucht werden. In bezug auf das Kriegsmaterial der früher feindlichen Länder außer Deutschland beauftragte die Konferenz den Militärat von Versailles, diese Frage zu prüfen und ihr die später in Aussicht genommene Lösung zu unterbreiten. Bezüglich der Frage, was mit dem in Danzig liegenden Kriegsmaterial geschehen soll, beschloß die Konferenz abzuwarten, bis die Hauptmächte selbst einen Beschluß gefaßt haben, sei es im Sinne der Vernichtung dieses Materials, sei es im Sinne seiner Rückerstattung an die Stadt Danzig oder an den polnischen Staat. — Zu dem Beschluß über die Miliz in Ostpreußen bemerkt das W.B.: Die Meldung ist augenscheinlich unrichtig. Die deutsche Regierung hat einen Antrag auf Verlängerung der Frist zur Entlassung der einberufenen Mannschaften der Orts- und Grenzwehren nicht gestellt, vielmehr sind die aufgeborenen Ortswehrlaute, ca. 1000 Mann, vor dem 1. Oktober und die Mannschaften der Grenzwehr, etwa 2000 Mann, am 8. Oktober entlassen worden. Die deutsche Regierung hatte dagegen den Antrag gestellt, keine Einwendung gegen die Aufrechterhaltung der letzten Organisation der Orts- und Grenzwehren zu erheben, solange zwischen Rußland und Polen der Friede nicht geschlossen ist. Bei dieser Organisation handelt es sich lediglich um listenmäßige Feststellung derjenigen Männer, die im Falle einer Bedrohung bereit sind, sich der Regierung zur Verfügung zu stellen.

Internationale Verkehrs-konferenz der Ententehauptstädten.

(W.B.) London, 10. Oktober. Die „Times“ melden aus Washington, daß sich heute die Delegierten Frankreichs, Italiens, Englands und seiner Dominions vereinigt, um mit dem Vertreter der Vereinigten Staaten über Verkehrsfragen internationaler Natur zu beraten. Diese Besprechungen sollen der Vorbereitung der großen internationalen Verkehrs-konferenz dienen. Nach der Erklärung des amerikanischen Regierungsvertreters werde der Führer der amerikanischen Delegation die Überweisung der ehemals deutschen Kabel verlangen.

Lloyd George für äußerste Gewaltpolitik gegen Irland.

London, 10. Okt. (Reuter.) Lloyd George erklärte in einer in Carnarvon gehaltenen Rede, in Irland müsse die Ordnung selbst mit den strengsten Methoden wiederhergestellt werden. Irland müsse einen gewissen (!) Grad von Selbstverwaltung haben, die Regierung werde jedoch jedem Versuch, in Irland ein Heer und eine Flotte zu schaffen, die das Bestehen des vereinigten Königreiches bedrohen würden, bis zum äußersten Widerstand leisten.

(W.B.) London, 11. Okt. (Havas.) Asquith hat eine Erklärung veröffentlicht, worin er die Rede Lloyd Georges in Carnarvon als eine Konturserklärung der britischen Regierung bezeichnet. Die Irlandspolitik der englischen Regierung, so sagt er, bestehe einzig darin, diesem Homerule nach dem Muster der Dominions zu verweigern und die Anwendung von terroristischen Methoden, sowie die Ausbildung von Repressalien durch die Polizei zu gestatten. Asquith fügt bei, er werde am 14. Oktober in New York über die vergebliche strategische Gefahr im Falle einer Regelung nach dem System der Dominions sprechen.

Australischer Boykott gegen japanische Schiffe.

(W.B.) London, 10. Okt. Die „Times“ melden aus Melbourne: Die australischen Transportarbeiter haben den Boykott gegen alle japanischen Schiffe angekündigt, die zwischen den australischen Häfen den Frachtdienst verrichten, weil diese Schiffe die australischen Löhne und Arbeitsbedingungen außer Acht lassen.

Chinesisch-japanische Reibereien in der Mandschurei.

(W.B.) Peking, 10. Okt. (Reuter.) Chinesische Banden haben Hunshöng in der Mandschurei geplündert und auch das dortige japanische Konsulat ausgeraubt. Die Bevölkerung, die großen Schaden erlitten hat, hat um Entsendung japanischer Militärs zur Hilfeleistung gebeten.

Deutschland.

Ein Mordanschlag auf die Familie des Admirals Scheer.

(W.B.) Berlin, 10. Okt. Der Reichspräsident hat an den Admiral Scheer in Weimar folgendes Telegramm gerichtet: Ew. Erzählen spreche ich zu dem schweren Verluste

Ihrer Frau Gemahlin, die Ihnen durch ruchlose Mörderhand entzissen worden ist, meine aufrichtige Teilnahme aus und den herzlichsten Wunsch, daß Ihre von dem gleichen Anschlag getroffene Tochter Ihnen erhalten bleibe.

Zum sozialdemokratischen Parteitag.

Berlin, 10. Okt. Zur Eröffnung des heute in Cassel stattfindenden sozialdemokratischen Parteitags stellt der „Vorwärts“ fest, daß die Partei wieder, wie vor dem Kriege, über eine Million eingeschriebene Mitglieder zähle, also weitaus die stärkste politische Organisation in Europa sei. Das nächste zu vollbringende Werk sei die Sozialisierung des Bergbaus. Die Frage der Teilnahme der Partei an der Regierung sei keine des Prinzips, sondern eine Frage der Taktik. Der Bolschewismus werde nichts hinterlassen als Trümmer und werde die sozialistische Bewegung in Rußland auf Jahrzehnte schädigen.

Eine leider unbeachtet gebliebene Denkschrift des deutschen Kronprinzen vom Jahre 1917.

Berlin, 10. Okt. Major a. D. Anter, der ehemalige Nachrichtenoffizier der Obersten Heeresleitung bei der Heeresgruppe „Kronprinz“, gibt seit einiger Zeit eine militärpolitische Korrespondenz heraus. In dieser veröffentlicht er den vollen Wortlaut der Denkschrift, die Kronprinz Wilhelm im Sommer 1917 an seinen Vater, die Oberste Heeresleitung und den Reichskanzler sandte. In dieser Denkschrift plädiert der Kronprinz für einen Verständigungsfrieden. Er weist darauf hin, daß die Friedenssehnsucht in weiten Schichten der Bevölkerung recht stark geworden sei und daß auch in nicht sozialdemokratischen Kreisen eine Unlust gegen die Fortsetzung des Kampfes aufgekommen sei. Der Kronprinz folgert daraus, daß selbst im besten Falle an eine Offensive nicht mehr gedacht werden dürfe, sondern nur an ein möglichstes Halten der Stellung bei intensiver Fortführung des Unterseebootskrieges für eine gewisse Zeit. Wenn sie verstreiche und keine Hoffnung auf Beendigung des Kampfes eintrete, so müßten wir den Frieden suchen, den unsere Diplomatie in der Zwischenzeit vorzubereiten hätte. Am Schluß der Denkschrift stehen folgende Sätze: „Die Not wird bei uns sich steigern, die Auffüllung der Mannschaftsreserven von Tag zu Tag schwieriger werden. Es handelt sich heute um die Erhaltung der Dynastie, um den Bestand des Deutschen Reiches und das Fortbestehen des deutschen Volkes. Diktieren unsre Gegner den Frieden, dann ist der letzte Buchstaben hohenzollernischer, preussischer und deutscher Geschichte mit gleichem Federstrich gestrichen. Dazu darf es nicht kommen. Daher ist es unsere Pflicht, wenn es sein muß, auch auf einen Verständigungsfrieden einzugehen. Ein solcher bringt uns zwar eine Enttäuschung, aber eine uferlose Verlängerung des Krieges könnte uns im Frühjahr 1918 allein ohne Bundesgenossen, an schweren Wunden blutend, der ganzen Welt gegenüberstehend sehen und mit Vernichtung bedrohen.“

Westschweizerische Schönredereien über die Frankfurter Messe.

Bern, 9. Okt. „Tribüne de Lausanne“ und „Tribüne de Genève“ berichten eingehend und außerordentlich anerkennend über die Frankfurter Mustermesse. Sie stellen übereinstimmend den vollen Erfolg der Messe, die vorzügliche Qualität der Produkte und die starke Beteiligung des Auslandes fest. — Die „Tribüne de Lausanne“ schreibt u. a., der allgemeine Eindruck der Ordnung und Hülle, die reiche Ausstattung der Stände, die zahlreichen geistvollen Einfaltungen auf vielen Gebieten, alles das beweise, daß Deutschland nicht die Hände in den Schoß lege und rechtsfertige es, daß man seinen für ganz Europa so notwendigen wirtschaftlichen Wiederaufbau erleichtere. — Die „Tribüne de Genève“ sagt u. a.: „Die 3. internationale Mustermesse in Frankfurt a. M. beweist einen so intensiven Lebenswillen, daß man sich vor ihm verbeugen muß. Was man hier sieht, gibt eine wirklich vorteilhafte Meinung in der Lebenskraft und dem Arbeitsfleiß des deutschen Volkes. Es handelt sich um eine ganz gewaltige Leistung, wenn man bedenkt, daß sie von einem Volke ausgeht, das in der Geschichte beispiellose Prüfungen durchgemacht hat.“

Die deutsche Beamtenschaft zum Sparparkeitsgesetz.

Auf der am 25. und 26. September ds. Js. in Würzburg stattgehabten Tagung der Landesverbände des Deutschen Beamtensbunds, bei der auch der Zentralverband württembergischer Gemeinde- und Körperchaftsbeamten vertreten war, ist einmütig eine Entschließung an die Reichsregierung gerichtet worden, die u. a. besagt: Die in Würzburg versammelten Vertreter der Landesorganisationen der Beamten der Länder und Gemeinden halten es für die dringlichste Gegenwartsaufgabe, die Gesundung der deutschen Finanzwirtschaft unverzüglich herbeizuführen. Dies kann nicht durch einseitigen Abstrich an den maßvollen Forderungen der Beamten geschehen. Es wird gegen solche Absichten mit größtem Nachdruck protestiert. Vielmehr sind Maßnahmen nötig, die die kapitalkräftigen Kreise der deutschen Bevölkerung zu den geistlichen Abgaben für Reich, Länder und Gemeinden endlich heranziehen und noch mehr als bisher zur Deckung des Bedarfs zu belasten. Zu diesem Behufe sind insbesondere die Einkommen in Stadt und Land richtig zu erfassen und die Bevölkerungsschichten, die im Gegensatz zu den Beamten in und nach dem Kriege Vermögen angehäuft haben, steuerlich heranzuziehen. Auch erwartet die Beamtenschaft von der Reichsregierung, daß sie nunmehr alsbald durch eine planmäßige und zielbewußte Wirtschaftspolitik an dem Abbau der Preise für Gebrauchsgüter und Lebensmittel mitwirkt. Die Beamtenschaft bietet hierzu ihre Mithilfe an, insbesondere durch Bestellung von geeigneten Beamten anderer Verwaltungen für die Finanzverwaltung zur schnellen Feststellung der Steuern.

Das polnische System der Bekämpfung des Deutschtums.

Marienburg, 8. Okt. Wie die „Marienburger Zeitung“ meldet, wurden gestern in Marienau 4 Mitglieder des Operntentheaters verurteilt, welche sich nach Marienburg zu einer Aufführung begeben wollten, ohne jedweden Grund verhaftet zu werden.

Polnische

Brest
deutschen
mungsgeb
richteter
eingelaufe
jeden Pre
würden.
abzulang
polnische
taufen bi
durch be
schließen
deutsche
Beitrag
gestellt
fenschiebi
nichts zu

* Be
amts, u
verfehlt.

Gest
Gewalt
in Seb
Reid
mend,
Beispred

des

Der
tag den
einem
für ein
und Fr
bewies
lauf.
Franz
geschult
der Er
Schna
menges
mung,
wurde.
Herrn
besonder
Heer
offiere.
Luis,
sajastli
ein sch
warf u
und zu
unserm
Zeit be
und ge
land w
fall bef
der Bo
essanten
der Da
deren a
Kamera

D
durch d
gelomme
Güter.
Saalfeld
begleitet
den Sol
längerer
in den
umwend
wehmit

„E
mit den
eines G
Bassers
dieser
Gelbem
fühlen n
wiederh
allenfalls
zufrieden
die Gew
in Wald
Gott alle
bis auf
Nast, bis
in ihr
derben

... rucklose Mörder...
... te in Cassel statt...
... der „Vorwärts“ seit...
... der eine Million ein...
... die stärkste politische...
... allbringende Werk sei...
... der Teilnahme der...
... nzipis, sondern eine...
... e nichts hinterlassen...
... wegung in Rußland

Denkschrift Jahre 1917.

... er, der ehemalige...
... Not bei der Heeres...
... militärpolitische...
... t er den vollen...
... Wilhelm im...
... Heeresleitung und...
... schrift plädiert der...
... Er weist darauf...
... richten der Bevöl...
... in nicht sozial...
... g die Fortschritt des...
... z folgert daraus...
... ffeisjive nicht...
... ur an ein mög...
... Fortschritt des...
... Bann sie verstreute...
... Kampfes eintrete...
... an jere Diplo...
... ätte. Am Schluß...
... Not wird bei uns...
... reserven von Tag...
... heute um die Er...
... Deutschen Reiches...
... Diktieren unsre...
... Buchstaben hohen...
... ichte mit gleichem...
... mmen. Daher ist...
... auf einen Ver...
... bringt uns zwar...
... ngerung des Arie...
... Bundesgenossen...
... West gegenüber...

kurter Messe.

... und „Tribüne de...
... anerkennend über...
... mmennd den vollen...
... Produkte und die...
... „Tribüne de Lau...
... der Ordnung und...
... schreien geistvollen...
... se, daß Deutschland...
... erliche es, daß man...
... schäftlichen Wieder...
... „ sagt u. a.: „Die...
... M. beweist einen so...
... um vorbeugen muß...
... ste Meinung in der...
... Volkes. Es handelt...
... an bedenklich, daß...
... beispielsweise Prü...

amkeitsgesetz

... in Würzburg stati...
... chen Beamtenbunds...
... her Gemeinde- und...
... nütig eine Ent...
... worden, die u. a...
... reter der Landes...
... gemeinden halten...
... escheidung der deut...
... ihren. Dies kann...
... Forderungen der...
... sichten mit größtem...
... nen nötig, die die...
... zu den gesetzlichen...
... endlich heranziehen...
... bedarfs zu belasten...
... mmen in Stadt und...
... sichten, die im...
... riege Vermögen an...
... erwartet die Be...
... mehr als bald durch...
... politik an dem Ab...
... bensmittel mitwirk...
... fe an, insbesondere...
... derer Verwaltung...
... ellung der Steuern.

s Deutschums

... der Zeitung“ melde...
... verrententheaters Ver...
... heben woll-

Polnische Waffenschiefungen über Oberschlesien.

Breslau, 8. Okt. Zu den Blättermeldungen von angeblich deutschen Waffentransporten, die aus Deutschland in das Abstimmungsgebiet Oberschlesiens geleitet worden seien, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: „Schon seit längerer Zeit sind Nachrichten eingelaufen, daß polnischerseits Waffen im unbefestigten Schlesien um jeden Preis angekauft und über Oberschlesien nach Polen verschoben würden. In einigen Fällen gelang es auch, derartige Transporte abzufangen und die Täter festzunehmen, welche ausschließlich im polnischen Lager standen. Die Fäden der Waffenschiefungen laufen bis Warschau. Die Transporte wurden noch erheblich dadurch begünstigt, daß eine wirksame Grenzsperrung zwischen Oberschlesien und Polen nicht besteht. Es ist erwiesen, daß die angeblich deutschen Waffentransporte in Wirklichkeit polnische sind. Auch eine Beteiligung von kommunistischer Seite wurde in einem Fall festgestellt. Militärische deutsche Dienststellen haben mit derartigen Waffenschiefungen, wie in einigen polnischen Zeitungen behauptet wurde, nichts zu tun.“

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Oktober 1920.

Dienstnachricht.

* Baurat Schaal, Vorstand des Straßen- und Wasserbauamts, wurde seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt.

Ortsvorsteherwahl in Simmozheim.

Gestern fand in Simmozheim die Ortsvorsteherwahl statt. Gewählt wurde Herr Erwin Fischer, Schultheißenamtsverweser in Hebelingen.

Besuch des Reichswirtschaftsministers.

Reichswirtschaftsminister Scholz wird, aus München kommend, heute in Stuttgart im Arbeitsministerium eine Besprechung mit industriellen Kreisen haben.

Familienabend des Veteranen- und Militärvereins Calw.

Der hiesige Veteranen- und Militärverein hatte am Samstag den 2. Oktober seine Mitglieder in den „Bad. Hof“ zu einem Familienabend geladen, der die Anwesenden für einige Stunden der Alltagsorgen entheben, ihnen Freude und Trost bringen sollte. Daß dieser Zweck erfüllt wurde, bewies die allseitig vorhandene Befriedigung über seinen Verlauf. Die musikalischen Darbietungen gab Herr Musikdirektor Frank, wie stets, in tadelloser Weise mit seiner vorzüglich gesungenen Kapelle. Der Torgauer-Marsch, dem die Begrüßung der Erschienenen durch den Vorstand, Herrn Metzgermeister Schnauffer, folgte, bildete als Einleitung des gut zusammengestellten Programms bei den Anwesenden gleich die Stimmung, die durch die folgenden Tonstücke mehr und mehr erhöht wurde. Gleiches Anklagen fanden einige Chöre, die unter Herrn Frants Leitung zu glänzender Wiedergabe gelangten, besonders die Pastoralische, „Mein Heimatdörfchen“, in dem Herr Adolf Schnauffer mit seinem prächtigen Bariton solierte. Nach diesem Chor erhob sich Herr Stadtpf. Lehmann, der in fast einstündigem Vortrag das „gesellige“, wirtschaftliche und kirchliche Leben der Polen und Russen schilderte, ein schönes Bild einiger Städte der ehemaligen Ostfront entwarf und zum Schluß seine Erfahrungen über Rußlands Leute und Zustände dahin äußerte, daß vom unentwickelten Osten unserm Vaterland keine Hilfe kommen könne; in der jetzigen Zeit bedürfte es der Anspannung aller körperlichen und geistigen Kräfte, um Deutschland zu retten, das Vaterland wieder zu einstigem Glanz zu bringen. Lebhafter Beifall bekräftigte dem Herrn Redner den Dank der Zuhörer, dem der Vorstand noch besonders Ausdruck verlieh, für die interessanten, mitunter sehr humorvollen Ausführungen. Als Schluß der Darbietungen diente eine Postle: „Robert und Bertram“, deren anerkennenswerte Wiedergabe durch vereinsangehörige Kameradensohne auch den Griesgrämigsten lachen machte. Herr

Sägewerkbesitzer Wagner von Ernstmühl, der eingangs seine Freude über die Anwesenheit der Altveteranen kundgetan hatte, drückte am Schluß seine Freude über den Verlauf des Abends und den Dank der Anwesenden allen aus, die helfende Hand bei der gungreichen Veranstaltung geboten hatten.

Eine landwirtschaftliche Woche.

Der Landwirtschaftliche Hauptverband beabsichtigt, auch nächstes Jahr wieder eine „Landwirtschaftliche Woche“ in Stuttgart zu veranstalten, und zwar vom 27. Februar bis 2. März. In dieser Woche sollen sich sämtliche landwirtschaftlichen Organisationen Württembergs zusammenfinden.

Verbot der Kartoffelbrennerei ohne Erlaubnis.

Angeichts der bekannten Schwierigkeiten in der Kartoffelverjorgung beim Uebergang von der gebundenen zur freien Wirtschaft müssen die Kartoffeln in erster Linie für die menschliche Ernährung sichergestellt werden. Das Ernährungsministerium hat daher nach Anhörung der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen durch eine im „Staatsanzeiger“ veröffentlichte Bekanntmachung bestimmt, daß das Brennen von Kartoffeln in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben nur mit vorgängiger Erlaubnis der Landesartoffelstelle gestattet ist, die für die Regelung nur zur Verarbeitung ungenießbarer Kartoffeln erteilt werden wird.

Einführung der Genehmigungspflicht für den Kartoffelhandel.

Die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln hat schon jetzt recht unangenehme Folgen nach sich gezogen. Zwar haben die großen landwirtschaftlichen Organisationen des Landes vor kurzem zur Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse einen Antrag an die Landwirtschaft erlassen, in dem die Berufsge nossen u. a. aufgefodert wurden, sich für Kartoffeln mit einem Zentnerpreis von 20 bis 24 M., je nach Güte, zu begnügen. Dieser Preis ist bei der heutigen, im allgemeinen recht befriedigenden württembergischen Kartoffelernte durchaus ausreichend. Wenn gleichwohl teilweise ein Erzeugerpreis von 30 M. und darüber verlangt wurde, so muß dies als übermäßige Preissteigerung bezeichnet werden. Ein Teil der Schuld hieran trifft mit die Verbraucher, die durch unsinniges Ueberbieten die Preise in die Höhe treiben, und vor allem zahlreiche wilde Händler, die sich früher niemals mit dem Kartoffelgeschäft befaßt haben, sich aber jetzt die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen, den um seine Winterernte bedrängten Verbraucher auszubeten. Einem solchen Treiben, das auch den Ruf des Handels ernstlich schädigt, muß nach Möglichkeit entgegen gearbeitet werden. Die Landesartoffelstelle erläßt daher mit Genehmigung des Ernährungsministeriums im Staatsanzeiger eine Verfügung über den Verkehr mit Herbstartoffeln heuriger Ernte. Hiernach unterliegt der Verkauf von Kartoffeln dem Zweck des Weiterverkaufs gewissen Beschränkungen: Der Großhändler bedarf zum Ankauf eines besonderen Erlaubnisheines, den er beim Oberamt bzw. dem Stadtschultheißenamt Stuttgart beantragt. Ebenso brauchen Hilfsperionen und Beauftragte der Großhändler (Unterläufer) einen Ausweis, der gleichfalls von den genannten Behörden ausgestellt wird. Erlaubnisheine und Ausweis können von der Landesartoffelstelle zurückgezogen werden, wenn sich der Händler oder Unterläufer als unzuverlässig erweist. Kleinhändler haben nur eine Bescheinigung mit sich zu führen, daß sie den Kartoffelhandel für sich und ihre Hilfskräfte bei der Ortspolizeibehörde ihrer gewerblichen Niederlassung oder ihres Wohnortes angemeldet haben. Kleinhändler ist, wer die Kartoffeln unmittelbar an die Verbraucher absetzt. Der Zweck der Verfügung, unzuverlässige Elemente und solche Personen, die sich bisher im Kartoffelhandel nicht betätigt haben und deren Auftreten erfahrungsgemäß preistreibend wirkt, vom Kartoffelhandel fernzubalten, erfordert eine strenge Prüfung der eingehenden Handelserlaubnisgesuche.

Angeberei bei den fremdländischen Ueberwachungskommissionen.

Von unterrichteter Seite wird dem Südb. Corr.-Bureau berichtet: Der französische Ueberwachungskommission in Berlin ist vor einiger Zeit ein Schreiben aus der Arbeiterschaft Lörrachs (Baden) zugegangen, in dem mitgeteilt wurde, das Versorgungsamt Lörrach fahre fort, Leute zu rekrutieren. Die von der Ueberwachungskommission angestellten Referenten haben gezeigt, daß die Verdächtigung unbegründet ist und die Tätigkeit des Versorgungsamts den

Bedingungen des Friedensvertrags durchaus entspricht. Ein Angehöriger der Ueberwachungskommission äußerte gesprächsweise, daß bei der Ueberwachungskommission in Berlin fortwährend Briefe mit und ohne Unterschrift einlaufen, die ähnliche Angaben enthalten. Wie würdelos derartige Angebereien sind, darüber braucht hier kein Wort verloren zu werden. Die gerade in letzter Zeit in der Öffentlichkeit besprochene Finanzlage des Reichs und die überall herrschende Wohnungsnot sollten jeden Verstandigen von selbst zum Bewußtsein bringen, daß alles daran gesetzt werden muß, die ungeliebten Gäste sobald als möglich los zu werden. Statt dessen verschaffen solche gewissenlose Verderber unseres Vaterlandes den fremdländischen Offizieren und ihrem zahlreichen Anhang immer von Neuem Möglichkeiten, sich zu betätigen. — Psi Teufel!

Wilder Stoffhandel.

Mit der kommenden Winterjation taucht auch wieder jene Sorte von Stoffhändlern auf, die es versteht, durch Lügen der Landbevölkerung Stoffe aller Art aufzuschwägen. Sie suchen vornehmlich abgelegene Dörfer auf. Einer der neuesten Tricks dürfte wohl der sein, daß sie nur ganze Posten für 1000 M. und mehr geschlossen abgeben. Als Lockspeise bieten sie meist Hemdentuch, das Meter um 4 bis 5 M. an, das sie aber nur abgeben, wenn ihnen der ganze Posten abgenommen wird, worunter meistens Anzugstoffe für 100 M. das Meter sind, die aber nur 30 bis 50 M. wert sind.

Die Bannbulle gegen Luther

im Württ. Staatsarchiv.

Nachdem Prof. Dr. Kistoff in Breslau darauf aufmerksam gemacht hatte, daß Sattler in seiner Geschichte des Herzogtums Württemberg die Bannbulle gegen Luther nach einem Original abgedruckt hat, haben Nachforschungen zu dem Ergebnis geführt, daß die im Württ. Staatsarchiv befindliche Ausfertigung auf Pergament mit anhängendem Bleisiegel wohl die einzige erhaltene Urchrift der Bulle darstellt. Wir wissen von drei Originalausfertigungen: die eine hat der Kardinal Alexander für Karl V. nach Spanien mitbekommen, zwei hat Dr. Johann Eck nach Deutschland gebracht, von denen die eine, vielleicht auch die zweite, nach der Veröffentlichung nach Rom zurückgeschickt worden ist. Es ist anzunehmen, daß Karl V. das ihm zugestellte Original seinem Bruder, dem Erzherzog, späteren König Ferdinand I. übermittelte, der seine Stelle in Deutschland vertrat und während der Vertreibung Ulrichs auch Regent und bald Herzog von Württemberg wurde. Durch ihn wird die Urkunde nach Stuttgart gekommen sein, wo nach seiner Weisung sein Statthalter auf Grund der Bulle am 26. November 1522 ein Ausschreiben gegen Luther erlassen hat. Sie ist nach Ulrichs Rückkehr dort geblieben, zusammen mit einer Bulle von 1523, die sich ausdrücklich auf Gebiete Karls V. und Ferdinands bezieht. Sie ist von einer Hand aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in einem Verzeichnis des Staatsarchivs eingetragen. Was Luther am 10. Dezember 1520 verbrannt hat, war jedenfalls ein gedrucktes Exemplar, wie sie in Rom und in Deutschland gefertigt worden sind. Das Original der Bannbulle kann während der nächsten Woche im Staatsarchiv in Stuttgart (von 11 bis 12 Uhr, zu andern Stunden ausnahmsweise durch Vermittlung eines Beamten) besichtigt werden.

Die gelockerte Schulzucht.

Das badische Ministerium des Innern hat neuerdings die Bezirksämter angewiesen, die Schulbehörden in ihren Bemühungen für die Wiederherstellung der unter den Schülern der Volks- und Fortbildungsschulen stark gelockerten Schulzucht in jeder Weise zu unterstützen. Vor allem sollen die Bezirksämter bei Anzeigen wegen unerlaubter Schulversäumnisse rasch und mit dem erforderlichen Nachdruck eingreifen.

Mutmaßliches Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Im Westen nehmen die Störungen zu und verdrängen den Hochdruck. Am Dienstag und Mittwoch ist zwar noch vorherrschend trockenes, aber meist trübes und rauheres Wetter zu erwarten.

41 Das Kloster bei Sandomir.

Novelle von Franz Grillparzer.

„Der Graf widmete alle Stunden, die er nicht den häuslichen Freuden schenkte, einzig der Wiederherstellung seiner, durch die unüberlegte Freigebigkeit an Elgas Verwandte herabgekommenen Vermögensumstände und der Verbesserung seiner Güter. Tagelang durchging er Meierhöfe und Fruchtscheuern, Saatfelder und Holzschläge, immer von seinem Hausverwalter begleitet, einem alten, redlichen Manne, der, vom Vater auf den Sohn vererbt, dessen ganzes Vertrauen besaß. Schon seit längerer Zeit bemerkte Starshenski eine auffallende Dürstlichkeit in den Zügen des Alten. Wenn er unvermutet sich nach ihm umwendete überraschte er das sonst immer heitere Auge beinahe wehmütig auf sich geheset. Doch schwieg der Mann.“

„Einst, als beide die Hitze eines brennenden Vormittags mit den Schnittern geteilt hatten und der Graf, im Schatten eines Erlenujes gelagert, mit Behagen einen Trunk frischen Wassers aus der Hand seines alten Dieners empfing, da rief dieser losbrechend aus: Wie herrlich Gottes Segen auf den Feldern steht! Wie glücklich sich der Besitzer von dem allen fühlen muß! — Das tut er auch, entgegnete kopfnickend und zu wiederholtem Trinken ansehend, der Graf. — Es begreift sich allensfalls noch, fuhr der Alte fort, wie es in den Städten Aufriedene gibt, die an Staat und Ordnung rütteln und denen die Gewalt nichts zu Danke machen kann, aber auf dem Lande, in Wald und Feld, fühlt man's deutlich, daß doch am Ende Gott allein alles regiert; und der hat's noch immer gut gemacht bis auf diesen Augenblick. Aber die Ruhestörer haben keine Raft, bis sie alles verwirrt und zerrüttet, Vater und Bruder in ihr Netz gezogen, Schwester und Schwäger. Gottes Verderben über sie! — Der Graf war aufgestanden. Ich merkte

wohl, sprach er, daß du auf meiner Frauen Brüder ziehst. Hast du etwa neuerlich von ihnen gehört? — Da fiel der alte Mann plötzlich zu Starshenski Füßen, und in heiße Tränen ausbrechend, rief er: Herr, laßt Euch nicht verlocken! Denkt an Weib und Kind! An so manches, was Ihr besitzt. An Eurer Väter ruhmwürdigen Namen! — Was kommt dir an? zürnte der Graf. — Herr, rief der Alte, Eure Schwägerinnen Wives, und Ihr wißt um ihr Vorhaben! — Spricht der Wahnsinn aus dir? — schrie Starshenski. — Ich weiß, was ich sage, entgegnete der Alte. Ein Vertrauter Eurer Schwäger kommt zu Euch heimlich aufs Schloß. Heimlich wird er eingelassen. Tagelang liegt er in der halbverfallenen Warte am westlichen Ende der Biergartenmauer verborgen. — Wer sagt das? — Ich, der ich ihn selbst gesehen habe. — Heimlich aufs Schloß kommen? ... Heimlich aufs Schloß! — Wann? — Oft! — Ein Vertrauter meiner Schwäger? — In Warschau sah ich ihn an ihrer Seite. — Weißt du seinen Namen? — Euch ist wohl bekannt, daß ich nur einmal in Warschau war, und da ich mich Wichtigeres in Eurem Dienste zu schaffen, als mich um die Namen von Eurer Schwäger Zechgesellen zu bekümmern. Aber, daß ich ihn mit ihnen sah, des bin ich gewiß. — Zu welchen Stunden sahst du ihn aufs Schloß kommen? — Nachts! — Starshenski schauderte unwillkürlich zusammen bei dieser letzten Antwort, obgleich eine kurze Besinnung ihm so viele mögliche Erklärungsarten dieser rätselhaften Besuche darbot, daß er bei seiner Nachhaufkunft schon wieder beinahe ganz ruhig war. Nur fragte er wie im Vorbeigehen Elgan: ob sie schon lange keine Nachricht von ihren Brüdern erhalten habe? — Seit sie zuletzt selbst hier waren, keine, entgegnete sie ganz unbefangen. Der Graf gebot dem alten Hausverwalter, dem er seine patriotischen Besorgnisse leicht ausgedrückt hatte, das tiefste Stillschweigen über die ganze Sache, beschloß aber doch, womöglich näher auf den Grund zu sehen.

„Einige Zeit verstrich, da war er eines Nachmittags zu

Pferde gestiegen, um eine seiner entfernteren Besitzungen zu besuchen, wo er mehrere Tage zubringen wollte. Schon hatte er einen guten Teil des Weges gemacht, und der Abend fing an, einzubrechen, da hörte er hinter sich laut und ängstlich seinen Namen rufen. Umblickend, erkannte er den alten Hausverwalter, der auf einem abgetriebenen Pferde leuchtend und atemlos ihn einzuholen sich bestrehte und mit Rufen und Händewinken anzuhalten und ihn zu erwarten bat. Der Graf zog den Zügel seines Rosses an und hielt. Angelangt, drängte der Alte sich hart an seinen Herrn und stammelte ihm leuchtend seine Kunde ins Ohr. Der Veranlasser seiner Besorgnisse, der rätselhaft Unbekannte, war wieder in der Nähe des Schlosses gesehen worden. Der Graf wandte sein Ross, und eines Laufes sprenghen sie den Weg zurück, heimwärts, mit Mühe von den Dienern gefolgt. Eine gute Strecke vom Schlosse stiegen beide ab und gaben die Pferde den Dienern, die angewiesen wurden, ihrer an einem bezeichneten Plage zu harren. Durch Gestripp und Didicht gingen sie jener Warte zu, wo der Fremde sich am östlichen zeigen sollte. Es war indes dunkel geworden und der Mond zögerte noch, aufzugehen, obschon bereits durch eine dämmernde Helle am Saum des Horizontes angeleuchtet. Da fiel plötzlich durch die dicht verschlungenen Zweige ein Licht in ihre Augen, in derselben Richtung, in der jene Warte liegen mußte. Sie beeilten sich, den Rand des Waldes zu erreichen, und waren nun am Fuße des von Bäumen entblößten Hügel angekommen, auf dem die Warte stand. Aber kein Licht blickte durch die ausgebrockelten Schußlöcher; keine Spur eines menschlichen Wesens. Zwar wollte der alte Verwalter bei dem Schein des eben aufgehenden Mondes frische Fußtritte am Boden bemerken, auch war es keineswegs in der Ordnung, die Türe unverschlossen zu finden; aber das erste Anzeichen konnte täuschen, das andere ließ sich so leicht aus einer Nachlässigkeit des Schloßwarts erklären.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Gebühren für Hebammen.

Das Ministerium des Innern hat mit Verfügung vom 18. Juni 1920 mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab die Gebühren der Hebammen in der Privatpraxis in folgender Höhe festgesetzt: 1. Für den Beistand bei einer Geburt bei Tag 22 bis 75 M. 2. In der Nachtzeit (abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr) erhöhen sich die Gebühren für jede Stunde der notwendigen Anwesenheit um 1.50 M. 3. Für die Besorgung von Mutter und Kind für jeden Besuch 3 bis 4 M. 4. Für jede Nachtwache während des Wochenbetts 12 bis 15 M. Diese Gebührensätze sind maßgebend für Forderungen an öffentliche Kassen, soweit nicht vertragsmäßig etwas anderes bestimmt ist, sowie für strittige Fälle bei Mangel einer Vereinbarung. Es sind also logen. Höchstpreise, die als Richtschnur für die Entlohnung dienen.

(SCB.) Leonberg, 10. Oktober. Ueber die Stadt ist eine Wassernot hereingebrochen, die im Ernstfall gefährlich werden könnte. Durch irgend einen Leitungsdefekt, der noch nicht gefunden werden konnte, verschwindet, laut „Leonb. Ztg.“, ein Teil des Wassers, so daß die Stadt fast ganz ohne Wasser ist.

(SCB.) Stuttgart, 10. Okt. Auf dem Mieteinigungsamt werden täglich 100 Auskunfts-suchende beraten. Das Amt hat 4 hauptamtliche Vorsitzende, 80 Vermieter- und 102 Mieterbeisitzer. Die Ausgaben der Stadt für das Amt

erfordern über 280 000 M jährlich. Für Auskünfte und Entscheidungen werden nunmehr Gebühren erhoben.

(SCB.) Freudenstadt, 9. Okt. Wie schon berichtet, beabsichtigen die Bezirke Freudenstadt, Horb, Oberndorf und Sulz durch Ausnützung der Wasserkräfte der Glatt und Lauter, ein großes Kraftwerk zu erstellen. Eine Kommission aus Vertretern der Amtskörperschaften, des Ministeriums des Innern und der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau beauftragte dieser Tage in Sternack am Stauende der Heimbachspitze die näheren Pläne. Oberamtmann Dr. Frauer erstattete Bericht über die Ziele des Verbands der vier Amtskörperschaften und Ingenieur Haugmann legte die Grundzüge des neuen Kraftwerkes in allen Einzelheiten dar.

(SCB.) Tübingen, 10. Okt. Wegen 7 Diebstählen hatten sich zwei Jugendliche, der in Reutlingen wohnende Gustav Nebel und der 12jährige Alfred Kern vor der Strafkammer zu verantworten. Sie benutzten jede Gelegenheit, die sich bot, um zu stehlen. So wurde u. a. über die Dächer der Häuser gestiegen, um zu Diebesgut zu gelangen. Zügel, Uhren, Stiefel, Taschmesser, Bekleidungsstücke u. a. wurden genommen. Das Geld wurde zu Schundbüchern und Kino-Besuchen verwendet. Nebel erhielt von der Strafkammer 5, Kern 2 Monate Gefängnis.

(SCB.) Nalen, 10. Okt. Bei der Schleißbrücke im Kocher wurde die Haut und der Kopf eines Ziegenbocks gefunden; das Eingeweide lag in der Nähe, in ein Tuch eingewickelt.

Wie sich herausstellt, war es der Gemeindevorsteher in Lauchheim, den die Diebe hier abgeschlachtet haben.

(SCB.) Waipheim, 10. Okt. Vor etwa zwei Jahren wurden einem Hasenzüchter zwei schöne Hasen gestohlen. Der Dieb blieb unbekannt. Dieser Tage nun fand der Bestohlene vier schöne Hasen in seinem Stalle vor. Einer der Hasen hatte einen Zettel mit folgenden Versen anhängen: „Ich stahl dir zwei Tiere und geb' dir dafür Bier. Du siehst, ich wurde nicht milder, vergeiß' dem armen Sünder.“

(SCB.) Gmünd, 10. Okt. Ein gewisser Faller aus Stuttgart lüchelt in einer hiesiger Zeitung Christbäume zum Preis von 18 bis 20 M das Stück. Wegen der unerhörten Preisforderung wurde bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet.

(SCB.) Friedrichshafen, 10. Okt. Ein Wirt von Balingen hatte 75 Ztr. Mostobst zum Preise von 55 M den Zentner erstanden und beabsichtigte, es mit der Bahn zum Verland zu bringen. Das Obst wurde jedoch wegen Preistreibeerei beschlagnahmt, da der Stadtgemeinde das Recht zusteht, über alles Mostobst, das zu einem höheren Preis als 35 M für den Zentner eingetauscht ist, die Beschlagnahme zu verfügen. — Dasselbe Schicksal wurde zwei Obstfuhrern (120 Ztr.) zuteil, die für eine Firma in Langenargen bestimmt waren und dort gebrannt werden sollen.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Böhmlager'schen Buchdruckerei, Calw.

New-York Herald Zigaretten von 20 bis 50 Pfg. per Stück.

New-York Herald Company m. b. H., Zigarettenfabrik, Stuttgart.

Bekanntmachung
betreffend
Änderung des
Wassertriebwerks T 19,
Sägewerk von Albert Rärcher in Hirsau.
Es ist geplant, das bisherige Tourbinenhaus abzureißen und durch ein neues etwa 30 Meter weiter unterhalb neu zu erstellendes Tourbinenhaus zu ersetzen. In demselben soll die bisherige Turbine wieder aufgestellt werden und ferner eine neue kleinere Turbine von 0,90 Meter Durchmesser eingebaut werden. Außerdem soll ein eigener Unterkanal ausgeführt werden. Einwendungen gegen das Unternehmen sind binnen 14 Tagen (vom Tag der Ausgabe des Blattes an gerechnet) beim Oberamt Calw anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in diesem Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden. Die Pläne und Beschreibungen der Anlage liegen auf dem Oberamt Calw Zimmer 2 zur Einsichtnahme auf. Calw, 8. Oktober 1920.
Oberamt: Bögel, Amtmann.

Kostüme
von Mk. 250.— an
Mäntel
von Mk. 160.— an
Röcke
von Mk. 60.— an
empfehl
Ernst Schall.

Most-Äpfel
treffen in den nächsten Tagen, und
Bratbirnen
kommende Woche zum alten Tagespreis ein.
Bestellungen müssen entgegengenommen und
Dienstag Abend, spätere können nicht mehr
Reichsbund, berücksichtigt werden.
Bernhardt,
Wadstraße 350.
Dasselbst wird leihweise ein
Most-Faß mit zirka 200 Liter gefischt.

Versteigerung.
Am Dienstag, den 12. ds. Mts., abends 7:30 Uhr werden auf dem Rathaus in Liebrenzell meine
Liegenschaften
(prima Acker und Wiesenland)
öffentlich versteigert. Hierzu lade ich alle Liebhaber höflich ein.
Karl Hartmann, z. „Post“, früh. Sonnenwirt,
Liebrenzell.

Calw, den 9. Oktober 1920.
Ich mache hiemit die Anzeige, daß ich die früher von der Firma Häußler, in den letzten Jahren von Herrn Buchbindermeister Sikler betriebene
Buchbinderei
mit allen Maschinen und Zubehörenden käuflich erworben habe und als Zweiggeschäft meiner Buchhandlung weiterbetreibe.
Es ist mir gelungen, für diesen Geschäftszweig eine tüchtige, langjährig erfahrene Kraft zu bekommen, die allen Anforderungen in der Buchbinderei gewachsen ist.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine Kundschaft durch vorzügliche Ausführung, rasche Arbeit und billige Preise in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen.
Ich bitte Sie um gefl. Ueberweisung Ihrer geschätzten Aufträge.
Hochachtungsvoll
Ernst Kirchherr,
vorm. Georgii'sche Buchhandlung.

Teppiche
für Wohn-, Speise- und Herrenzimmer
Gute und beste Qualitäten, in erlesener Auswahl!
Wollplüsch — Tournay — mechan. Smyrna etc.
Diwan-Decken
in Gobelin-Gewebe - Moquette-Plüsch - Mohair
zu allerbilligsten Preisen.
Georg Zeruneith, Pforzheim
Eing. Bayernstr. 30 - Ecke Hohenzollernstr. 102 :: Fernspr. 1817.

Ankauf von neuem Hafer wird mit Beginn des Ausdrucks aufgenommen. Angebote und Anfragen erbeten an Reichsverpflegungsamt Stuttgart, Post Feuerbach.

Filialleiter!
Für eine auf dem Lande einzurichtende Filiale zur Herstellung, Abhängen, Fälnen und Ausbessern von Börsengeflecht wird ein mit diesen Arbeiten bewandertes solider Mann als Filialleiter gesucht.
Angebote unter Nr. A. P. 287 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.
Zu verkaufen:
Eine
Auflegematratze
mit Reiskissen.
Lederstr. 175 part.
Frischen
Trester
täglich abzugeben
Schad z. Jungfer.

Badischer Hof * Calw.
Dienstag, den 12. Oktober 1920
abends 8 Uhr
Klavier-Abend
von
Pianist Eugen Steiner-Stuttgart
Werke von Bach - Taubig,
Beethoven, Chopin, Liszt.
Preise der Plätze: 1. Platz Mk. 4.40 (Nr. 1-150),
2. Platz Mk. 3.30 (Nr. 151-300), 3. Platz Mk. 2.20
(unnummeriert). Vorverkauf in der Buchhandlung
Kirchherr, Badstraße.

Verloren
wurde von Sonnenhardt nach Spehbart Samstag nacht eine
Briefmappe
mit größerem Geldeinhalt. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung auf der Geschäftsstelle des Blattes abzugeben.

Frisch geschossene Hasen
sind zu haben bei
Jagdpädter Raich,
Inselstraße.

1. Qualität fettes Pferdefleisch
das Pfund zu Mk. 5.— zu haben bei
Mehger Gadenheimer,
Hirsau.

Hühner.
1,2 weiße Italleiter, 19er, in Ermanglung eines Winterstalls zu verkaufen.
Lederstr. 151.

Zu verkaufen, fast neu:
1 Reisekoffer
mit Cinosä,
1 bunt. Cocosläufer
93/340 cm,
1 Linoleumläufer,
bunt, 93/400 cm.
Villa Gagner, Calw.
Ein tüchtiger

Schreiner
kann sofort eintreten bei
Jakob Brenner,
Bad Teinach.

Dienstag, 12. Okt. abends 8 Uhr in der Brauerei Dreß
Zusammenkunft aller Calwer Wohnungsuchenden
Zahlr. Erscheinen erwarten mehr. Wohnungsuchende.
Im Auftrag suche ich Anlage für größere Summen gegen gute Sicherheit. Beteiligung an ausichtsreichem Unternehmen des Handels oder der Industrie nicht ausgeschlossen.

Carl Reichert,
Agenturgeschäft,
Mittlere Brücke.
Vermittlung von Liegenschaftskäufen und Verkäufen. Beratung in Geldangelegenheiten. Verwaltung von Vermögenswerten und Liegenschaften. Vertretung und Versicherung. Treuhandgeschäfte.

Nebengewandter Herr,
unbescholten, nicht unter 21 Jahren, wird zur Vermittlung von Lebens-, Kinder- und Sterbegeldversicherungen von gut eingeführter Gesellschaft gesucht. Kenntnisse nicht erforderlich, da Einarbeitung erfolgt. Schon nach kurzer Probezeit erfolgt evtl. vertragl. Anstellung mit hoch. festen u. fleig. Bezügen. Leute, denen an dauernder Stellung gelegen ist und genannte Eigenschaften besitzen, wollen Off. unt. S. T. 3666 an Ala Haafenstein & Vogler, in Stuttgart einreichen.

Nr. 1
Erst
Beland
Die
Berlin
Beschlüsse
zur Befund
ausgestellt
die künftige
festlegen.
Zustimmung
Reichstom
geordnet ist
der Ministe
dem Präsi
tragen wor
Die B
Gesundung
A. Di
Einsicht in
1. Es
geordneten
irgendwelch
welche neu
schriften ni
haben könn
Reichsfinan
Maßnahme
des Reichs
irgend ein
2. Wi
und ist au
mit dem N
steht es d
herbeizufü
fählicher L
3. Bef
Bedeutung
dieser gege
der Wider
weiteren S
nung sind
berechtigt;
durch die
Reichskanzl
schluß gefa
5. Di
dungen sin
Behörden
lich und ge
ist insbeso
Ihre Beam
Reichsrats
Nichtung der
verhindern
rat oder
rung abwe
einzelner
als Schäd
die betreffe
B. In
und Wirtsc
fähigen richt
1. Der
Verfassung
Neue
Gemeinden
auf das
ohne jede
lich ist, ob
Reiches ha
Schültern (s
schaften) an
2. Neu
Rehene nid
neue Stelle
Art nicht e
Ausnah
sch um un
3. Die